

ken, hat er doch gerade für die Vielzahl der kleinen Bibliotheken eine Fülle von Informationen und gedanklichen Anregungen geboten.

Günter Schucher

"China's international role: key issues, common interests, different approaches"

Brühl, 6. - 9. März 1997

"China on the rise": ein dramatisches Wirtschaftswachstum seit Ende der 70er Jahre und ein gestiegener internationaler Status - diese fundamentale wirtschaftliche und strategische Herausforderung an den "Rest der Welt" war es, die Wissenschaftler und Politiker aus Deutschland, den USA, Frankreich, Indonesien, Singapur, Japan, Taiwan, Polen und nicht zuletzt der VR China selbst auf einer Tagung des Ost-West-Kollegs der Bundeszentrale für politische Bildung und der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten.

Spätestens mit der Übernahme Hongkongs wird sich die VR China als künftige Supermacht an die Spitze der internationalen Agenda gesetzt haben. Diese Entwicklung provozierte nicht zuletzt Samuel P. Huntington zu seiner Vision von einem "clash of civilizations" im Jahre 2010. Doch nicht nur die Reaktionen auf seine Thesen, auch die Brühler Tagung machten deutlich, daß es keine Übereinstimmung unter Politikern und Chinakennern gibt, "ob dem chinesischen Riesen mit Einbindung oder Eindämmung zu begegnen ist" (David Shambaugh).

"Engagement" oder "containment", daß fragte sich auch Hanns W. Maull, Universität Trier, in seiner *key note address*: "Reconciling China with the present and future international order probably represents the biggest political challenge the world is facing today." Er verglich die VR China mit einem "drunken cliff walker" (jeder Schritt sei Resultat eindeutig zu erkennender Einflüsse, aber der Kurs sei gefährlich willkürlich) und plädierte letztlich für eine kombinierte Strategie: "constrain and stabilise China - which can be done only through engagement". Das Problem, so Maull, sei nicht, die westlichen Interessen zu identifizieren und die Strategie festzulegen, das Problem liege in der Politik. Die westliche Chinapolitik verliere zunehmend an Autonomie, innenpolitische Fragen und kommerzielle Interessen gewännen an Gewicht, und es bestehe ein Wettbewerb um den größten Einfluß in der VRCh. Maull plädierte für zwei Ansätze, die westliche Chinapolitik effektiver zu managen: erstens die Erwartungen an die Möglichkeiten der Politik zu senken und zweitens die Beziehungen auf eine breitere Basis zu stellen, indem die einzelnen politischen Bereiche stärker getrennt und differenziert werden. Dies gelte auch für die Differenzierung der politischen Akteure.

Zwei von Maull herausgestellte Aspekte zogen sich durch alle Vorträge und Diskussionsbeiträge:

1. Wie ist die Herausforderung der VR China - auf wirtschaftlichem, politischem und sicherheitspolitischem Gebiet - realistisch einzuschätzen und
2. wie soll dieser Herausforderung begegnet werden, durch einen "balance of power"-Ansatz oder durch Multilateralisierung der internationalen Beziehungen.

Die Tagung unterteilte die Diskussion in vier Komplexe. Im ersten diskutierten Gerit W. Gong, Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C., Lee Lai To, National University of Singapore, Yoshifumi Nakai, Japan Institute of International Affairs, Tokyo, und Kay Möller, SWP, Ebenhausen, über "Global and Regional Security Concerns". Lee bezeichnete den Aufstieg der VR China als große Herausforderung für die südostasiatischen Länder und benannte zwei potentielle Konfliktbereiche: die Direktinvestitionen (die VRCh als "big vacuum cleaner") und das Südchinesische Meer. Er plädierte für Kooperation und "constructive engagement": "We can't solve the problem, but we can manage the conflicts". Europa, so betonte Möller, sei sicherlich nicht in der Position, dem regionalen Sicherheitsrisiko China aktiv entgegenzutreten. Aber die Annahme einer kommerziell geprägten Chinapolitik habe die EU wesentlich leichter manipulierbar gemacht als die USA. Diese Strategie werde auch zur Wiederaufnahme von Waffenexporten führen und damit die Sicherheit im Westpazifik unterminieren. Die EU sollte eine Art "world order"-Politik aufnehmen. Mit seinen entsprechenden Vorschlägen provozierte Möller heftigen Widerspruch: China dürfe nicht belehrt und marginalisiert werden. Ob dies allerdings überhaupt noch möglich sei, wurde ebenfalls bestritten: Da die VR für Europa in allen Bereichen immer wichtiger werde, sollten "wir" uns nicht scheuen, klar Stellung zu beziehen. Möller selbst wollte seine Vorschläge als Ergänzung der gegenwärtigen europäischen Strategie verstanden wissen.

Der zweite Komplex hatte die Wirtschaftsbeziehungen zum Thema, es sprachen Francois Godement, Institut Francais de Relations Internationales (IFRI), Lu Jianren, Chinese Academy of Social Sciences, Beijing, Rüdiger Machetzki, Institut für Asienkunde, Hamburg, und Umar Juoro, CIDES, Djakarta. Vor allem Godement griff dabei am Beispiel Frankreichs die Thematik der Kommerzialisierung der Politik wieder auf und arbeitete die Gründe für das Scheitern des "politischen Handels" mit China heraus. Frankreich müsse seine Strategie ändern und Handel von Politik trennen. In der Diskussion wurde festgehalten, daß erstens das Ergebnis bei einer Trennung ähnlich sein könnte, wenn es an Wettbewerbsfähigkeit mangle, oder daß zweitens evtl. auch nur die Politik schlecht umgesetzt wurde.

Die intensivste Diskussion entstand zum dritten Teil der Tagung. Hier diskutierten Sebastian Heilmann, Institut für Asienkunde, Hamburg, Richard Grant, Royal Institute of International Affairs, London, Milton D. Yeh, National Chengchi University, Taipei, und Andreas Krautscheid, MdB (CDU), zum Thema "Political Relations and Human Rights Concerns". Daß Andrew Nathan, Columbia University, New York City, wegen eines gestrichenen Fluges nicht anwesend war, wurde vor allem von Heilmann bedauert, da sich seine Thesen zum Thema Menschenrechte deutlich von denen Nathans abhoben. Er ging der Frage nach, wie Menschenrechtspolitik Veränderungen auslösen kann, die zu einer tatsächlichen Verankerung dieser Rechte führen. Die westliche Politik sei demzufolge ein Fehler, da die, denen sie dienen soll, sie nicht akzeptieren und sie im Gegenteil zur Stärkung des Nationalismus führe. Was eine Politik bewirke, die der eigenen Profilierung diene, habe die Tibetkonferenz der FDP gezeigt. Seine Schlußfolgerung lautete daher: "more modest and thereby more efficacious". Während die meisten Diskussionsredner Heilmanns Grundaussage durchaus zustimmten, wurde seine Beurteilung der gegenwärtigen

tigen Politik äußerst kontrovers diskutiert: Würde dieser pragmatische Ansatz nicht die Politiker ihrer Verantwortung entledigen? Sei nicht beides notwendig - "Routinearbeit" und spektakuläre Aktionen? Dürfe man Menschenrechts- und Wirtschaftsfragen trennen, so wie die USA dies tun? Überschätzte die Betonung spektakulärer Aktionen nicht den Einfluß des Westens? Gehe es nicht letztlich um die unverzichtbare Durchsetzung internationaler Rechtsprinzipien, zu denen sich auch die VRCh bekannt habe? Repräsentiere die kleine Gruppe der Dissidenten nicht ein Grundproblem der chinesischen Politik? Natürlich sei es wichtig, für die Dissidenten einzutreten, so präziserte Heilmann am Ende der Diskussion, aber wenn man z.B. auf unterster Ebene einen Gefängnisdirektor überzeugen könne, sein Personal zu disziplinieren, könne man die Situation für 1000 Gefangene verbessern.

Der letzte Komplex ("China and the World: Setting the Agenda for the 21st Century") wurde von Volker Stanzel, Außenpolitischer Berater der SPD, Robert Sutter, Congressional Research Service, Washington D.C., Ian Barber, European Commission, Brüssel, und Jia Qingguo, Beijing Universität, bestritten. Prof. Jia, der in seinen vorhergehenden Beiträgen bereits in differenzierter Weise auf die chinesische Politik eingegangen war, plädierte als Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zur VR China für eine Politik der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts. Auch wenn es um Hilfe und Ratschläge für China gehe, seien die Chinesen - "people with a lot of pride" - eher geneigt zuzuhören, wenn diese auf gleichberechtigter und respektvoller Basis gegeben würden. Die gleiche Basis sei für echte Kooperation erforderlich. Der in der Diskussion geäußerten Ansicht, daß es fatal sei, daß in China alle es betreffenden internationalen Vorgänge als Teil einer "antichinesischen Verschwörung" interpretiert würden, stimmte Jia durchaus zu, sah darin aber eher eine Bestätigung seiner Aussage: Eine "policy of coercion" spiele den Nationalisten nur in die Hände. Erfolgversprechender sei eine Politik der Kontakte.

In ihren Schlußworten zeigten sich die Veranstalter Christoph Müller-Hofstede vom Ost-West-Kolleg und Rüdiger Sielaff von der Friedrich-Ebert-Stiftung trotz der großen Divergenz in den Analysen und strategischen Vorstellungen mit der Tagung zufrieden. Sie habe dazu beigetragen, das internationale Netz wechselseitiger Kontakte enger zu knüpfen.

Günter Schucher

"Hongkong und China auf dem Weg in das Pazifische Jahrhundert"

Rostock, 24.-25. April 1997

Aktueller Anlaß für die Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Bildungswerk Rostock), des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, der Dr. Meyer-Struckmann-Stiftungsprofessur (Universität Rostock) und des Instituts für Asienkunde (Hamburg) war die bevorstehende Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China am 1. Juli 1997. Das historische Ereignis des Souveränitätswechsels bedeutet nicht nur einen weiteren Abschied von der einstigen Weltgeltung europäischer Kolonialmächte, sondern verändert vor allem die politisch-ökonomischen Koordinaten in Asien. Die